Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie



Technologie

Aiwanger: "Raumfahrt schafft hochqualifizierte Arbeitsplätze und sichert unsere technologische Unabhängigkeit"; Hoffmeister-Kraut: "Raumfahrt ist das Fundament unseres modernen Lebens"; Vogt: "Wir brauchen ein klares politisches Bekenntnis und eine de

05. Juni 2025

MÜNCHEN 2025 wird für die europäische Raumfahrt zum entscheidenden Jahr. Auf der ESA-Ministerratskonferenz Ende November in Bremen stehen richtungsweisende Entscheidungen an, die die Zukunft der Raumfahrt in Europa maßgeblich prägen werden. Die Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern und Bremen – allesamt starke Raumfahrtstandorte – haben ihre gemeinsamen Forderungen in einem 3-Länder-Papier gebündelt.

Auf der heutigen Pressekonferenz in Berlin stellten die Regierungschefs der drei Länder die Kernforderungen für die deutsche Positionierung vor. Zusätzlich bekräftigen Baden-Württembergs Wirtschaftsministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut, Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger und Bremens Wirtschaftssenatorin Kristina Vogt die Bedeutung der Raumfahrt für den Wirtschafts-, Industrie- und Technologiestandort Deutschland.

Die Raumfahrt ist ein Schlüsselbereich für Innovation und wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit – aber auch für Sicherheit und die Souveränität Europas. Die drei Bundesländer zählen zu den bedeutendsten Raumfahrtstandorten Europas. Sie verfügen über eine starkee Industrie sowie herausragende Forschung und leisten zentrale Beiträge zur europäischen Raumfahrt. Gemeinsam fordern sie daher eine

substanzielle deutsche Beteiligung an den Programmen der Europäischen Weltraumorganisation ESA. Ziel ist es, die Innovationskraft der deutschen Raumfahrtbranche zu stärken und zukunftssichere Arbeitsplätze zu erhalten. Wichtige Handlungsfelder sind Erdbeobachtung, Telekommunikation, Navigation, Trägersysteme, Exploration und Wissenschaft sowie Weltraumsicherheit.

Die detaillierten Forderungen haben die drei Wirtschaftsressortchefs in einem gemeinsamen Brief an Raumfahrtministerin Dorothee Bär und den Leiter der Deutschen Raumfahrtagentur im Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt, Herrn Dr. Walther Pelzer, übermittelt. Beide vertreten Deutschland bei der ESA-Ministerratskonferenz und entscheiden dort über die finanziellen Beiträge Deutschlands zu den ESA-Programmen.

Baden-Württembergs Wirtschaftsministerin Hoffmeister-Kraut erklärt: "Raumfahrt ist längst nicht mehr nur eine Vision für Pioniere – sie ist das Fundament unseres modernen Lebens, unserer wirtschaftlichen Stärke und unserer strategischen Autonomie in Europa. Dies gilt insbesondere für Baden-Württemberg. Unser Land zählt zu den größten und erfolgreichsten Standorten in Deutschland. Die Branche gilt als Innovationstreiber. Die Unternehmen geben im Schnitt 17,5 Prozent ihres Umsatzes für neue Ideen, für Erfindungen aus. Die Branche gilt also als Hoffnungsträger. Als Hoffnungsträger für neue Geschäftsideen, für neue Produkte. Sie setzt Impulse beim Leichtbau, bei der Ultraenergieeffizienz, bei Objektpositionierung und Navigation. Sie gehört damit seit Jahrzehnten zu den Technologieschrittmachern für viele andere Wirtschaftszweige. Doch die Luft- und Raumfahrtindustrie ist nicht nur ein Wirtschaftsfaktor und Innovationsbeschleuniger. Sie gewinnt mehr und mehr an Bedeutung im Bereich der Verteidigung und Sicherheit. Wir erleben epochale Umbrüche. Die Welt verändert sich in Rekordgeschwindigkeit. Europa muss hier seine Rolle finden. Es muss eine Souveränität entwickeln, die einer globalen Wirtschaftsmacht angemessen ist. Souveränität bedeutet: wirtschaftlich auf eigenen Beinen zu stehen und sich selbst schützen zu können. Mit anderen Worten: Europa muss erwachsen werden. Die Luftund Raumfahrtindustrie trägt dazu bei: wirtschaftlich, bei den Innovationen, und bei Fragen der Sicherheit und Verteidigung"

Bayerns Wirtschaftsminister Aiwanger ergänzt: "Bayern ist eine treibende Kraft der europäischen Raumfahrt – mit Weltmarktführern, innovativen Mittelständlern, dynamischen Start-ups und exzellenter Forschung. Wir entwickeln und bauen in Bayern modernste Satelliten, Steuerungssysteme und Technologien für die Raumfahrt der Zukunft. Diese Stärke wollen wir nicht nur halten, sondern weiter ausbauen. Dafür braucht es eine klare Strategie und eine starke deutsche Beteiligung an den ESA-Programmen. Raumfahrt ist längst kein Nischenthema – sie schafft hochqualifizierte Arbeitsplätze und sichert unsere technologische Unabhängigkeit."

Bremens Wirtschaftssenatorin Vogt betont: "Bremen zählt zu den bedeutendsten

Raumfahrtstandorten Europas. Mit seiner starken Industrie, exzellenten Forschungseinrichtungen und langjähriger Erfahrung in internationalen Missionen leistet der Standort zentrale Beiträge zur europäischen Raumfahrt, ob beim Aufbau von Satelliten, bei Raumtransportern für die ISS, beim Servicemodul für die Artemis-Mondmission oder bei der Oberstufe der Ariane-6-Trägerrakete. Diese Kompetenzen sichern nicht nur hochwertige Arbeitsplätze, sondern sind auch strategisch für die technologische Souveränität Europas. Damit Deutschland und Europa in der Raumfahrt weiterhin eine führende Rolle spielen können, braucht es jetzt beides: ein klares politisches Bekenntnis und eine deutlich stärkere finanzielle Beteiligung des Bundes. Das gilt insbesondere mit Blick auf die ESA-Ministerratskonferenz 2025 in Bremen. In Zeiten wachsender geopolitischer Unsicherheiten ist der Ausbau europäischer Kapazitäten, insbesondere in der bemannten Raumfahrt, ein strategischer Schritt. Es geht insbesondere darum, Europa unabhängiger und handlungsfähiger zu machen, etwa bei Exploration, Erdbeobachtung oder sicherer Satellitennavigation."

In Zeiten wachsender geopolitischer Unsicherheiten ist der Ausbau europäischer Kapazitäten ein strategischer Schritt. Es geht insbesondere darum, Europa unabhängiger und handlungsfähiger zu machen. In engem Schulterschluss wollen die Wirtschaftsressortchefs mit den Bundesvertretern den weiteren Verhandlungsprozess eng und konstruktiv begleiten.

Ansprechpartnerin: Dr. Aneta Ufert Stellv. Pressesprecherin

Pressemitteilung-Nr. 235/25